

Auf der Intensivstation

■ FRANZ JOSEF WEISSENBÖCK

Ist unsere parlamentarische Demokratie auf der Intensivstation oder schon in der Prosektur? Geht es noch darum, woran unsere Politik krankt – oder schon darum, woran sie gelitten hat? Wahlkampfzeiten und die Zeit der Regierungsbildung ermöglichen einen schärferen Blick auf die politischen Zustände als Zeiten des politischen Normalbetriebs.

Demokratische Verfassungen sind gekennzeichnet von einem System der „checks and balances“; Gewaltentrennung und Gewaltenteilung reichen nicht, es braucht auch ein ausgewogenes System der Kontrolle und des Gleichgewichts. Dass es hierzulande dieses Gleichgewicht nicht gibt, ist ohne weiteres einsichtig.

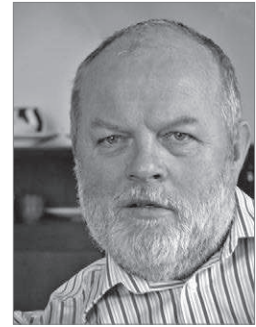
Gestörtes Gleichgewicht

Wir leiden unter einem massiven Übergewicht der Exekutive gegenüber der Legislative. Das Parlament, in dem die zweite Kammer nichts ist als ein Feigenblatt der potenzierten Ohnmacht der ersten, ist insgesamt nicht viel mehr als die Nickmaschine der Regierung, und zwar auch hinsichtlich seiner Kontrollfunktion. Das schlechte Gewissen der Mehrheitsfraktionen materialisiert sich regelmäßig in gebetsmühlenartigen Beteuerungen, die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen als Recht der Minderheit konstituieren zu wollen, während ein ausgeprägtes Machtbewusstsein dies ebenso regelmäßig verhindert. Die treuherzige Versicherung, wie viel und wie tiefgreifend doch in den Ausschüssen an Regierungsvorlagen geändert und verbessert werde, ist ein weiterer Ausdruck des schlechten Gewissens. Ja doch, es wird geändert – aber höchstens die dritte Stelle hinter dem Komma, und nie, nie, nie gegen den Willen der Ressortleitung, also der Regierungsparteien.

Wir leiden an einem Föderalismus, dessen Hypertrophie zugleich gefährlich

und absurd ist. Gefährlich, weil unverantwortlich teuer, und absurd angesichts der Größe Österreichs im Zusammenhang mit neun Landesparlamenten und provinzieller Zuständigkeit z.B. bezüglich Baurecht und Abfallwirtschaft. Länder und Gemeinden werden von den Menschen gar nicht als „Staat“ wahrgenommen, Korruption wird analog nicht als solche, sondern als landesübliche politische Praxis erlebt. Absurd ist der Föderalismus im da und dort festzustellenden gockelhaften Auftreten so genannter Landesfürsten, die auf deren reale Bedeutung als Vorsitzende von Trachtenvereinen und Häuptlingen der Brauchtumspflege zurückgestutzt werden sollten, und zwar durch scharfe Kontrolle der Finanzen, massive Reduktion der Kompetenzen und Begrenzung ihrer Funktionsperioden.

Eine Ausformung des Föderalismus, die ob ihrer auffällig unauffälligen Gestalt unter nationalem Artenschutz steht, ist der Bundesrat. Er ist von allen demokratischen Organen unserer Republik das unwichtigste und ohnmächtigste, was u.a. auch darin seinen Ausdruck findet, dass keines seiner Mitglieder in diese zweite Kammer gewählt, sondern von den Bundesländern resp. den dort stärkeren Parteien delegiert wird – nicht selten als eine Form der Sinekure und eines arbeitslosen Einkommens für verdiente, aber dem Wahlvolk kaum vermittelbare Parteifunktionäre. Den Bundesrat abzuschaffen wäre ein Dienst an der parlamentarischen Demokratie. Gelingt



Franz Josef Weissenböck, Dr. theol., Journalist und Autor, systemischer Coach und Supervisor.

■ In Österreich mag es „Orbanisierung“ dem Wort nach nicht geben, der Sache nach leider sehr wohl.

dies nicht – was sehr wahrscheinlich ist, weil die Länder das verhindern können und daher weiter werden –, ist seine Reform im Sinne von Demokratisierung zum einen und von Verleihung politischen Gewichts zum anderen eine demokratische Minimalforderung. Kein Präsident des Bundesrats, der dies nicht auf seine Fahne geschrieben hätte – und keiner, der nicht gescheitert wäre.

Wir leiden weiter – nicht nur in Österreich, sondern global – an einem Übergewicht der Ökonomie über die Politik. Dieses Übergewicht treibt merkwürdige Blüten, z.B. in Form einer absurden Regelungswut in Randthemen (Glühbirnen) und einer eklatanten Regelungsverweigerung gegenüber ökonomisch Potenten (Konzerne, Banken). Es ist das alte Spiel vom Räuber und Gendarm: Das Kapital ist stets schneller als die Politik, und die Räuber rufen im Bedarfsfall gern „Haltet den Dieb!“ In Österreich kommt die schon von Grillparzer beschriebene Halbherzigkeit dazu, wie sie etwa in der Frage Rauchverbote in Lokalen deutlich wird.

Verhaberung und Boulevardisierung

Ein Spezialfall des Ungleichgewichts ist das Verhältnis von Politik und Medien. Auch hier spielt die Größe Österreichs eine Rolle, die dazu führt, dass praktisch jeder Politiker und Journalist jeden Journalisten und Politiker kennt, was vielfach zu einer Art von Verhaberung führt, die als solche gar nicht wahrgenommen, sondern für ein adäquates Arbeitsverhältnis gehalten wird. Die Feigheit des Politikers und der Politikerin vor dem journalistischen Freund und der Freundin ist nicht zuletzt eine Ursache für die Boulevardisierung der österreichischen Medienszene. Dass der ORF auf diesen Zug aufgesprungen ist, hat er bei den unsäglichen Wahlkampf-Konfrontationen dramatisch vor Augen geführt. Die lautstarken Claquen, die von den Polit-Darstellern ins Studio mitgebracht wurden, stellen einen Tiefpunkt sowohl demokratischer Kultur als auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dar. Dazu kommt eine Einladungs-

politik bei runden Tischen und anderen Diskussionssendungen, die regelmäßig zur Offenbarung von Inkompetenz und/oder Gedankenlosigkeit wird, und der Einsatz der fast immer gleichen Prominenten bzw. Experten und Politikberatern, die beinahe den Status der delphischen Pythia erreicht haben.

Die Gefahr für die Demokratie infolge dieser Situation ist eine doppelte. Zum einen droht die Reduktion der demokratischen Idee und Praxis auf das allzu simple Axiom, dass die Mehrheit immer Recht hat, zum anderen die Diktatur des Ressentiments. Man richte den Blick ostwärts, wo man auf diesem Weg schon ein schlechtes Stück weiter ist. In Österreich mag es „Orbanisierung“ dem Wort nach nicht geben, der Sache nach leider sehr wohl. Ein Aspekt dieser Entwicklung sind Kampagnen einschlägiger Medien und die unverhohlene Unterstützung von Personen und Parteien, die die von diesen Medien geförderten Ressentiments bedienen. Es geht dabei immer darum, „Schuldige“ zu finden, die für jedes, auch jedes phantasierte Ungemach verantwortlich gemacht werden: die Ausländer, die EU, die Beamten, der Euro, die Politiker etc. Das Ergebnis der Nationalratswahl vom September 2013 kann als Gradmesser dafür gelten, wie sehr das Ressentiment die politische Rationalität bereits in die Defensive gedrängt hat.

Auf der Intensivstation unserer parlamentarischen Demokratie ist die Situation kritisch, noch tanzt der Würfel unserer parlamentarischen Gesundheit. Das Übergewicht der Exekutive erinnert strukturell noch an die Regierungsdiktatur des Austrofaschismus (hängt nicht das Dollfuss-Bild noch immer im Klub der Volkspartei?), während sich schon eine neue Diktatur abzeichnet, die Diktatur des Ressentiments und der damit erreichten Mehrheit. Man muss weder Prophet noch Pessimist sein, um im Blick auf die Wahlen 2018 politische Magenschmerzen zu bekommen. Dann macht vielleicht nicht das Gold die Regeln; das mag tröstlich klingen. Dafür das Ressentiment; und das ist eine Drohung. ■